

# Vorbereitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsgebern und in allen Läden erhältlich

**Sammelt für Mansfeld!**  
Mansfeld muß siegen!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 17. Juli 1930 Nummer 164

# Diktatur!

**Unterstützungsraub, Steuerraub, Lohn- und Gehaltsraub mit § 48 — Vertrauensvotum der SPD für die Diktaturregierung — Organisiert politischen Massenstreik gegen faschistische Staatsstreichpläne Mobilisiert zum 1. August!**

Berlin, 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Der Artikel 48 ist da! Die Brüning-Schiele-Hindenburg-Hugenberg haben eine Etappe ihres Zieles erreicht. Das Parlament hat das Maul zu halten. Die Verfassung wird zerrissen. Jetzt wird diktiert! Und was diktieren die Hugenberg und Hindenburg und Brüning, die ostelbischen Junker, die Herren Hindenburg und Groener mit ihrer Reichswehr und den sächsischen Wehrverbänden. Und das Diktat lautet kurz und bündig:

**Schnabbau! Unterfütterungsraub! Steuerraub! Mietwucher! Militärische Aufrüstung!**

Und das Diktat sagt weiter: Proleten, Schanze halten, Straße frei für die Woddbanden Adolf Hitlers, für die Weigharbiten des Schnapsfabrikanten Seidte!

Die Regierung hat wahrgemacht, was sie seit dem ersten Tag ihres Bestehens ankündigte. Wie durch ein Wunder ist plötzlich die Gesamtlage Deutschlands vor der deutschen Arbeiterklasse. Was wir Kommunisten prophezeit haben, ist gekommen. Die Regierung, die Tausende von Proletariern wegen „Berechnung gegen das Republikshugengesetz“ hinter die Gefängnismauern gesteckt hat, tritt die Verfassung dieser Republik mit Füßen.

**Sagt das Parlament zum Teufel!**

und demonstriert die Verfassung und die Demokratie als den Deckmantel für die in Wirklichkeit bestehende Diktatur des Schwerkapitals und der Junker.

Deutlich erkennbar werden aber auch die Wegbereiter der sächsischen Diktatur. Die Koalitionregierung Hermann Müller ebnete den Weg für die Brüning-Regierung nicht nur durch die arbeiterselbstlichen Zoll- und Steuererlasse, sondern vor allem durch ihre Terrorpolitik gegenüber der revolutionären Arbeiterklasse.

Severing verbot den Roten Frontkämpferbund und gewährte den nationalsozialistischen Horden jeden erdenklichen Polizeischutz. Severing schuf das Republikshugengesetz, ein Gesetz, das in seinen Auswirkungen vollkommen den Diktaturgesetzen Mussolins oder Hitlers entspricht. Heute ist die Anwendung des Republikshugengesetzes in die Hände der Hindenburg-Brüning-Diktatur-Regierung gelangt worden.

Würden die Arbeiter immer noch nicht die Sozialfaschisten als die besten Helfer des Faschismus erkannt haben, so dürfte der Verlauf der Reichstagsitzung vom Mittwoch den letzten Zweifel behoben haben. Wenige Minuten nur dauerten die entscheidenden Vorgänge im Reichstag. Aber diese Minuten sind ein geschichtliches Kapitel. Nachdem der Artikel 2 der Beamtenhilfe abgelehnt war, weil die Regierungsparteien alle Piebchen der Sozialdemokraten mit einer klaffenden Ohrenschalpe beantwortet hatten, erklärte Brüning kurz und bündig: „Ich lege keinen Wert auf die Weiterberatung der Deckungsvorlage.“

Zur Abstimmung stand dann nur noch der

**Kommunistische Misstrauensantrag gegen die Gesamtregierung.**

gegen die Regierung, die jedoch ihre eigene Diktatur aufgerichtet hatte. Und das Ergebnis dieser Abstimmung? Die Einheitsfront

von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen stimmte gegen den Antrag.

Die Deutschnationalen stimmten offen für Brüning, die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme. Ein riesiger Tumult im Haus. Die Parteiführer und Staatssekretäre kürzten auf Brüning zu und gratulierten ihm. Man hörte den Ruf: „Eine solche parlamentarische Mehrheit hat noch nie eine Regierung gelunden.“

In der Tat, es ist zum ersten Male, daß eine Regierung der Diktatur sich hühen kann auf eine parlamentarische Mehrheit solcher Ueberrmacht! Von 454 anwesenden Abgeordneten haben nur 59 gegen die Diktaturregierung gestimmt.

Bei dieser Sachlage war es klar, daß die Reden der kommunistischen Abgeordneten Torgler und Ende auf eine scharfe Abrechnung nicht nur mit den Brüning-Schiele-Deuten hinauslief, sondern daß insbesondere die Sozialdemokratie als die Verbündete des Faschismus gekennzeichnet wurde. Die kommunistischen Redner gaben auch die Lösungen, unter denen der Kampf des Proletariats gegen die Hindenburg-Brüningische Hungerdiktatur geführt werden muß. Die Hauptlösung lautet:

**„Organisiert den politischen Massenstreik!“**

Schließt euch zu einer Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei zusammen! Kämpft gegen die sächsischen Diktatur um die Aufhebung der proletarischen Diktatur! Demonstriert am 1. August zu Millionen gegen Kriegsgesetz und Faschismus!

(Wichtiger Reichstagsbericht siehe 2. Seite)

## Vorwärts zum Gegenstoß!

**Mobilisiert die Betriebe, Büros und Stempelstellen zum 2. Landestongreß der KPD am 2. und 3. August in Dresden!**

**Arbeiter, Arbeiterinnen Sachsens!**

Die Weltwirtschaftskrise, als dem Ausdruck der Unlösbarkeit der kapitalistischen Widersprüche, hat mit niederhammernder Macht auch Deutschland erfaßt. Verstrickt in den Fesseln des Dumpingplanes, im verzweifeltsten Kampf um die Märkte, versucht die deutsche Bourgeoisie, alle Unkosten der kapitalistischen Krise auf die arbeitenden Massen abzuwälzen. Bei Hochhaltung der Preise für alle Artikel des proletarischen Massenkonsums, haben die Unternehmer mit einer umfassenden Lohnabsauoffenlinie eingeleitet. Der Druck auf die im Betrieb stehenden Arbeiter mittels Lohnabbau, Rationalisierung und Massenentlassungen wird verstärkt durch das gleichzeitige Astenat auf die Erwerbslosen, um die arbeitslosen Klassengenossen zu Lohnhändlern zu pressen. Die Erhöhung des Ausbeutungsgrades in den Betrieben, der neuerliche Unterfütterungsraub an den Erwerbslosen, Gehaltsabbau und Kopapfer für die unteren Au-

gestellten und Beamten wird noch erweitert durch den Anschlag auf die Krankenversicherung, durch neue militärischenbelastende Steuern und Zölle.

Aber dieser große Raubzug auf den Brotkorb der arbeitenden Massen beseitigt nicht die Widersprüche der kapitalistischen Krise, sondern verschärft sie. Der Kampf um die Märkte, um profitbringende Kapitalanlagen und Rohstoffquellen, durch Zollkriege und diplomatische Aktionen der imperialistischen Mächte eingeleitet, kann nur seine Fortsetzung finden durch den Appell an die Waffengewalt.

Die imperialistischen Räuber rüsten zum Krieg und das einzige Land, das nicht von Krisen erfaßt ist, sondern eine stürmische Aufwärtsentwicklung erlebt, die Comjunion, ist das Angriffsobjekt aller imperialistischen Bluthunde.

Die Unternehmerröffen gegen die arbeitenden Massen

## Stahlhelmverbot aufgehoben!

**SPD-Braun kapituliert bedingungslos vor Hindenburg und Stahlhelm**

Berlin, 16. Juli.

Die preussische Regierung ist vor dem Stahlhelm zu Kreuze geflohen und hat das Verbot in Westfalen aufgehoben. Die Bundesführer Seidte und Disterberg haben eine Erklärung unterschrieben, die in den entscheidenden Punkten von den Forderungen der preussischen SPD-Regierung abweicht. Die Bundesführung des Stahlhelms erklärt lediglich:

1. Wir haben Kenntnis genommen von der Auffassung der preussischen Regierung, die sie zum Verbot veranlaßte.
2. Wir werden uns mit allen Mitteln dafür einziehen, daß die gesetzlichen Bestimmungen nicht übertreten werden.
3. Bei der Neuorganisation in Westfalen wird darauf geachtet werden, daß die Anordnungen der Bundesführung von den Mitgliedern befolgt werden.

Zu dem Befehl des kaiserlichen Feldmarschalls an Braun schrie noch gestern die sozialdemokratische Volkszeitung für das Vogtland:

„Es gibt in diesem Punkte kein Zurück! Herr Hindenburg muß sich jetzt die Niederlage holen, die er selbst verschuldet hat. Jetzt auf ein Kompromiß mit dem Stahlhelm hinsteuern, das hieße nicht nur eine unerträgliche und in ihren politischen Konsequenzen gefährliche Demütigung vor der Bürgerkriegstruppe, das hieße vor allem eine schwere, nicht wieder gutzumachende Verletzung der politischen Kraft der Demokratie.“

SPD-Braun hat vor der „Bürgerkriegstruppe“ relos kapituliert. Die „linke“ SPD-Presse wird morgen das Maul halten und ihr Hohanna auf die „völkereifende Sozialdemokratie“ singen. Selbst „linke“ Blätter hat sie nicht mehr zu verpielen; denn auf der Tagesordnung steht in Sachsen die größte Koalition von den SPD-Führern bis zur Wirtschaftspartei.

Wohin für die SPD-Arbeiter das Maß der politischen Verleumdung ihrer Führer noch nicht voll? Sehen sie nicht ein, daß es nur noch einen Weg für sie gibt: das revolutionäre Klassenbündnis mit den kommunistischen Arbeitern?

durchzuführen, den Krieg vorzubereiten, erweisen sich die demokratischen Herrschaftsmassen der Bourgeoisie als ungenügend. Dort, wo die sozialdemokratische Koalitionspolitik als das Werkzeug der imperialistischen Bourgeoisie vor den Massen kompromittiert ist, zieht die Bourgeoisie den offenen Nationalfaschismus als Werkzeug ihrer blutigen Pläne heran.

**Dem sächsischen Proletariat droht ein Nazitabinett**

Die Streifbregardien und Arbeitermörder sollen, ausgerüstet mit den Mitteln der bewaffneten Staatsgewalt, den Youngplan durchzuführen, der Unternehmerröffen freie Bahn schaffen, die revolutionären Kampforganisationen des Proletariats zerstören.

Diese Faschisierung der bürgerlichen Staatsgewalt ist die Antwort der Bourgeoisie auf das wachsende Kampfbewußtsein des Proletariats, auf das Anwachsen der revolutionären Einheitsfront. Bei dieser Zuspitzung der Klassengegnung, bei diesem machtvollen Anwachsen der proletarischen Klassenmacht erweist sich die

**reformistische Gewerkschaftsbürokratie als zuverlässiger Bundesgenosse der Kapitalisten.**

Statt den Kampf zu organisieren, führen sie Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen, um den Kapitalismus aus der Krise zu retten. Sie sind einverstanden mit der „Senkung der Produktionskosten“, wöhinter sich der nackte Lohnraub verbirgt.

**Bei den sächsischen Metallarbeitern, Textilarbeitern und Gemeinbearbeitern haben sie es abgelehnt, die Hungertralle zu künden.**

In Mansfeldischen, wo die Arbeiter gegen 15 Prozent Lohnabbau kämpfen, schiden die sozialdemokratischen Staatsfunktionäre Polizei gegen die Streikenden. In Nordweil hat der DAB-Führer Wolf den Unternehmern gegenüber erklärt, daß er gegen den Streik der Nordweilarbeiter sei.

Die Gewerkschaftsbürokratie will und kann nicht kämpfen, weil jeder Regereiche Streik das kapitalistische